

Halle'sche Zeitung

1919 Nr. 138

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 212

Bezugspreis: für Halle und Umgegend monatlich 1,25, vierteljährlich 3,75, halbjährlich 7,50, jährlich 15,00, bei Vorabzahlung 10% Ermäßigung. Auslandsendung monatlich 2,00, vierteljährlich 5,00, halbjährlich 10,00, jährlich 20,00. Postzuschlag 10%.
Verkaufspreis: für Halle und Umgegend monatlich 1,25, vierteljährlich 3,75, halbjährlich 7,50, jährlich 15,00, bei Vorabzahlung 10% Ermäßigung. Auslandsendung monatlich 2,00, vierteljährlich 5,00, halbjährlich 10,00, jährlich 20,00. Postzuschlag 10%.

Morgen-Ausgabe

Montag, 24. März

Anzeigenpreis: für Halle und Umgegend je Zeile 50 Pfg., auswärtige je Zeile 60 Pfg. —
Belegblätter: Halle: Saale: Leipziger Straße 61/62, Fernruf Zentrale 7801, täglich von 7 Uhr an Redaktion 5609 und 5610 — Postfachkonto Leipzig 20612.
Berlin: Bernburger Str. 80, Fernruf Amt Kurier Nr. 6290
Eigene Berliner Schriftleitung — Verlag und Druck von Otto Uehle, Halle-Saale.

Deutschlands Forderungen an den Frieden

Zugekändnisse in der Weichselfrage — Sofortige Herausgabe der Kriegsgefangenen
Aufhebung der Blockade — Räumung der besetzten Gebiete

Erzberger über die deutschen Ansprüche

Berlin, 23. März.

In einer in Berlin abgehaltenen Protestversammlung gegen eine Verkündung Deutschlands führte der Reichsminister Erzberger u. a. aus: Die Worte Wilsons über Polen werden mißbraucht. In einem seiner Punkte fordert Wilson, daß alle kritischen Gesichtspunkte gelöst werden, daß keine neuen Ansprüche zu Friedensgesprächen geschaffen werden. Es müßte nicht schwer fallen, bei allseitigem gutem Willen eine befriedigende Lösung zu finden. Aber die Polen gäßen den Weg der brutalen Gewalt vor. Das deutsche Volk erhebt einmütig feierlichen Protest, daß ein in seiner überwiegenden Mehrheit deutscher und deutsch gesinnter Teil seines Gebietes verweigert werden soll. Deutschland ist bereit zu einer Neutralisierung der Weichsel, was Danzig als freies Gebiet einschließen würde. Danzig und Teile von Ost- und Westpreußen einschließen, nicht unterzeichnen; und dann kommt, dafür überlassen wir die Verantwortung einzig und allein der Entente. Wir fordern weiter sofortige Herausgabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen und sofortige Aufhebung der Hungerblockade. Als dritte Forderung stellen wir die Räumung der besetzten Gebiete. Deutschland kann nur dann seinen Verpflichtungen nachkommen, wenn es völlige Bewegungsfreiheit besitzt. Das Friedensjahr 1919 soll keine Wiederholung des Friedensjahres 1914 sein.

„Lieber tot als polnisch!“

Westpreußen droht mit dem Bürgerkrieg

Der Reichstag der Ententevertreter in Paris, größere Teile unserer deutschen Staatsbürger in Polen zu schlagen, hat in Ost- und Westpreußen flammende Proteste hervorgerufen. Heftigst sammeln sich dort die deutschen Männer und Frauen und geben in erschütternden Kundgebungen ihren Willen zum Ausdruck, daß sie zu allerhöchster Nothwehr bereit sind, wenn Polen seine Hand nach Teilen Ost- und Westpreußens ausstrecken würden. Eine Flut von Telegrammen geht täglich bei der Reichsregierung ein, die zeigen, daß die Erregung in den betreffenden Gebieten auf absehende Gefahr hin ist.

So haben Vertreter aller Berufsstände Danzigs einen förmlichen Einspruch gegen die Auslieferung ihrer irdischen Stadt an Polen erhoben. Sie fordern auf Grund des Selbstbestimmungsrechts: Das deutsche Danzig muß beim Deutschen Reich bleiben! In diesem von unserer Heimatsliste diktierten Antrag heißt es weiter:

Lieber tot als polnisch! Zu bewaffnetem Widerstand gegen Westpreußens Einverleibung in das Polenreich entschlossen.

Die Abtretung deutscher Gebiete an Polen, durch deutschen Haß noch mehr gemacht, ist eine ungeschweizliche Gewalttat, die fürchterliche Folgen hat. Wir lassen uns nicht knochen, wollen von unserer Freiheit nicht wissen und werden Widerstand bis zum äußersten leisten.

Wir werden unsere Zugehörigkeit zur deutschen Heimat bis zum letzten Blutstropfen verteidigen.

Wir verlangen deutsch zu bleiben und leben über Westpreußen den Bürgerkrieg entlassen, wenn es zum Weltkrieg geföhren werden sollte.

Auch die westpreußischen Bezirke behaupten ihren ungetragenen Willen deutsch zu bleiben, bis Westpreußen nach zwei Drittel deutscher Reichheit bestünde, gegenüber ein Drittel Polen. In Danzig wurden gestern in allen Kirchen still und kühnheitsvoll wegen der nationalen Not, die der Welt durch die Polen droht, abgehalten.

Eine gemotigte deutschnationale Massenversammlung fand in Thorn statt, in der 8000 Personen bei 5 Grad Kälte über 2 Stunden harrten. In einer Entschließung heißt es, daß, wenn polnische Kräfte in Westpreußen einziehen, eine blutige

Katzenstrolche eintreten müßte. Hinter der selbst die Schrecken des Weltkrieges verfallen würden. Nur mit Waffe könne die äußerliche Verdrängerung durch die Regierungsgorgane zurückgehalten werden, da sie zur Selbsthilfe greifen will. Der Zusammenschluß aller Deutschen, wie aller Deutschen Vereinigungen wurde beschlossen.

Auch die gesamten Frauen Westpreußens erhoben starken Einspruch gegen die Ansprüche der Polen.

Warschau, 23. März.

Die Kommission für auswärtige Angelegenheiten im Landtage nahm einstimmig einen Antrag auf Abweisung eines Mandates mit der Entente an.

Auch Ostpreußen steht zusammen

Königsberg, 23. März.

Der Zentralausschuß für den ostpreussischen Heimatsdienst hat anlässlich der in Danzig stattfindenden Kreiserversammlung gegen die Abtretung Ostpreußens ein Telegramm an den deutschen Reichstag in Danzig geschickt, in dem er gegen die Forderung der Entente Danzig und weite überliegende deutsche Landstriche zu Polen zu schließen, protestiert. Der beabsichtigte Kaufverträge in südeuropäischen Währungsprogramm und dem darin ausgeprägtem Selbstbestimmungsrecht der Völker. Er würde die Klage neuer Kräfte sein, und mit der Absicherung Ostpreußens den letzten Schritt europäischer Kultur gegen ostasiatischen Weltismus zum Einsturz bringen. Der Zentralausschuß verleiht darauf, daß die deutsche Regierung einen solchen Gewaltzweck nicht unterzeichnen werde.

Um edles deutsches Land

Altenstein, 22. März.

Der Magistrat und die Stadträte Altensteins haben in der gestrigen ersten Sitzung der neu gewählten Stadträteversammlung einstimmig ohne Ausnahme folgende Entschlüsse angenommen:
Die von Deutschen begründete Stadt Altenstein, in welchem Haß erblich, zum Vordere des jüdischen Gemitandes und Mordens, das niemals unmittelbar zu Polen gehört hat, doch einmal zum Ehrer deutscher Kultur, 1410 und 1914, mit deutschem Blute getränkt und durch deutsche Arbeit jetzt aus seinen Trümmern neu erstanden ist, weiß die auf den Reich des jüdischen Ostpreußens und seine Abtretung zum überigen Deutschen Reich gezielten ungebundenen Ansprüche Polens an. Sie steht in deren Erfüllung eine Vergewaltigung der fast ausschließlich deutschen Reichheit und den Interessen der deutschen Kultur des Germanen- und Mordens und ihrer überlebenden Wirtschaft. In dieser Zeit unserer dem kulturellen und wirtschaftlichen Zusammenbruch gegenüberstehenden Bevölkerung erzieht sie das Verantwortungsgewissen der Reichsregierung, den Verderben des deutschen Volkes und die Reichsregierung aller Völker der Welt zum Schutze unserer Heimat an.

Die Bremer Seelente oeden die Ausfahrt

Bremerhaven, 23. März.

Eine am heutigen Vormittag stattgefundenen Versammlung der Seelente aller Tugenden beschloß, die Lebensmittelschiffe ohne Garantien nicht ausfahren zu lassen. Nach der Vernehmung fand vor dem Gebilde des Norddeutschen Lloyd eine Kundgebung gegen die Ausfahrt der Schiffe ohne Garantien statt.

Die Regierung und Nordschlesien

Berlin, 23. März. (R. T. B.)

Bei anständiger Stelle erfahren wir: Die Reichsregierung ist nach wie vor bereit, das Wilson'sche Programm der Selbstbestimmung der Völker auch bezüglich der westlichen Teile Ostschlesiens ohne Einschränkungen zur Annahme zu nehmen. Sie ist damit einverstanden, den nachfolgenden Bedingungen entgegenzutreten, daß die Reichsregierung sich mit Nordostschlesien einverstanden, daß die neue Grenze auf der Grundlinie des Selbstbestimmungsprinzips geführt wird, auch soweit Ostschlesiens in Betracht kommt.

Präsident Wilson hat für Polen den Grund an aufgestellt, daß nur Gebiete mit unbeschränkter polnischer Bevölkerung an den neuen polnischen Staat fallen sollen, dieser Grund muß auf Nordschlesiens anzuwenden kommen. Die Selbstbestimmungsprinzipien überträgt sich, daß die Reichsregierung selbst einverstanden, daß die Reichsregierung sich mit Nordostschlesien einverstanden, daß die neue Grenze auf der Grundlinie des Selbstbestimmungsprinzips geführt wird, auch soweit Ostschlesiens in Betracht kommt.

Oberschlesien in Not!

In Polen brummt ein wilder Wir. Der von Deutschland Gnade entlassene Staat entwickelt einen fabelhaften Appetit; immer neue Anforderungen müßten er sich einverleiben. Rähst ist es ihm in den Grenzen zu eng geworden, die ihm Herr von Bethmann's traumselig Güte und diätantische Gebanckenlosigkeit angewiesen hat. Solange das deutsche Meer im Felde stand und Uebergriffe lebensgefährlich waren, verhielt sich der polnische Wir, der kühnliche Hühnerfleischigkeit, uns gegenüber ruhig und verhielt seinen Schlingungen an Galizien und der Ukraine zu fassen. Durch die glorreiche Revolution sind uns aber die Waffen aus der Hand geschlagen worden. Und so warf das neue Polen alsbald seine begerlichen Blicke auf Danzig und Westpreußen und ließ seine Banden in Polen einmarschieren. Der große deutsche Staatsmann von Bismarck, der mit den geringsten polnischen Diplomaten verhandelte, tat dies so lange, bis der größte Teil der Provinz Polen in feindliche Gewalt geraten war. Mühsam nur konnte unter Grenzschutz einem weiteren Vordringen der Sarmaten Einhalt gebieten. Als der Gegner bereits die Provinz Brandenburg bedrohte und unsere Regierung sich nun endlich zu härteren Eingriffen auftraufte, da verbot uns der Völkerverbund weitere Schritte. Ein Waffenstillstand legte die neuen Grenzen fest und sicherte den polnischen Räubern überreiche Beute.

Sie haben noch nicht genug daran. Mit verbodener Gewalt flarren sie jetzt auf Oberschlesien. Das reiche Revier, dessen Rohstoffe für Polen von demselben unermesslichen Werte sind, den sie für uns haben, löst die Wärdener Begehrtheit unübersehbar. Und so müßt ihr euch dem polnische Werbetätigkeit unangehebt, Oberschlesien in Aufruhr zu bringen. Schon geht das Gerücht von der starken polnischen Heeren, die sich gegen die gefährdete Provinz in Bewegung setzen. Inzwischen wird das oberhalbliche Volk auf den Einfall vorbereitet. Anwohner stehen ängstlich bereit und auser durchs Land, und was sie nicht im Grenzschutz zu erreichen vermögen, das wird durch heimlich vorbereitete Flugblätter zu wirken verlastet. Ein Hinweis, daß am 21. Februar 1919 von einem Flugzeug über Oberschlesien abgeworfen worden ist, fordert die Bevölkerung auf, den Deutschen kein Hindernis zu leisten, kein Körnchen Roggen mehr abzugeben, keine Steuern zu zahlen und in den Generalstreik einzutreten. Welche Erfolge diese Agitation gezeitigt hat, ist uns meiner Lage wieder klar geworden. Das Land kommt nicht mehr zur Ruhe. Ein Anstand jagt den anderen. Oberschlesien liefert nur noch verwindend wenig Kohle; seine eigenen Betriebe stehen still, und die industrielle Luftschiffahrt in den angrenzenden deutschen Gebieten kann ebenfalls die Schornsteine nicht mehr rauchen lassen.

Wie im Westen, so ist auch im Osten die Gefahr unmittelbar und groß. Deutschland, das demnach wehrlos, hat alle Hände voll zu tun, um im Innern auch nur einigermaßen Ordnung zu schaffen. Spartakisten und Kommunisten mühen sich auch äußerlich, dem Feinde, der an den Grenzen lauert, den beabsichtigten Zugriff zu erleichtern. Wir vermögen den Franzosen nichts in den Weg zu legen, wenn sie ernsthaft nach dem Saargebiet greifen; wir sind ebenso machtlos einem polnischen Ueberfall gegenüber. Das einfließt so stark und reiche Volk, das seine Röhre fünf Minuten zu früh an die Hand geföhrt und sich selbst wehrlos gemacht hat, muß nun jeden Dieb mitmaßern lassen. Das einzige Mittel, den Räubern Hülfe einzuföhren, bestünde in der sofortigen Aufstellung einer starken Kräftevermehrung. Nach kann uns in der Völkerverbund nicht davon hindern. Würde den Polen bei ihrem beabsichtigten Einfall in Oberschlesien so derb auf die Finger gebauen werden, daß sie die Selbstbestimmung aus der Hand verlieren, dann ließe sich auch noch anderer Räuber morren. Aber selber hat die Regierung unüberwindlich Widerstand zu tun, als deutsches Land zu fassen. Sie muß durchs Volk sozialisieren, denn die Berliner Straße hat das verlornt. Sie müßt solange sozialisieren, solange Gelebe über das Staatsgemitantum an Verwerfen entwerfen, bis dem Deutschen Reichs feind von seinen ardenen Bergwerken mehr geböhrt im Völkerverbund, wo dann Franzosen, Belier, Polen und Tschechen unsere Kohlenminen besetzen, bevor es zu überhand seiner Sozialisierung mehr, und die Streitfrage ist gelöst.

